

Politischer Jahresbericht

Südlicher Kaukasus 2007/2008



Tbilisi

Regionalbüro Südlicher Kaukasus, Juli 2007 – Juni 2008

Walter Kaufmann

Juni 2008

Heinrich-Böll-Stiftung
Regionalbüro Südlicher Kaukasus
Leitung: Walter Kaufmann (bis 30.06.08)

Radiani St. 5
380079 Tbilisi
Georgien

Fon: +995-32-227705
Fax: +995-32-912897
E-Mail: kaufmann@boell.ge
Homepage: <http://www.boell.ge/>

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Konflikte in der Region	5
Politische Krise in Georgien	10
Politische Krise in Armenien	14

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht bietet keine Darstellung der gesamten politischen Entwicklungen im Südkaukasus seit dem Sommer 2007, sondern fokussiert auf drei herausragende Themen: Die Entwicklungen in den südkaukasischen Konfliktregionen Berg-Karabach, Südossetien und Abchasien und die schweren innenpolitischen Krisen in Georgien und Armenien.

Im seit nunmehr zwanzig Jahren andauernden Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach verharren beide Seiten weiterhin in einer Art Lauerzustand. Zwar sind mittlerweile so genannte Basisprinzipien zur Lösung des Konfliktes ausgehandelt, die die schrittweise Rückgabe der armenischen besetzten Territorien um Karabach gegen internationale Sicherheitsgarantien und die Abhaltung eines Referendums zu einem späteren Zeitpunkt vorsehen. Noch fehlt der Impuls, der die Seiten zur Unterschrift unter das Dokument und damit zur Aufgabe ihrer Maximalpositionen veranlassen würde. Bislang erscheint ihnen dieser Schritt, der den auf einen Kompromiss unvorbereiteten eigenen Gesellschaften erklärt werden müsste, als zu riskant im Vergleich zur Beibehaltung des Status Quo beziehungsweise der Vorbereitung zu einem neuen Krieg.

In den georgischen Sezessionskonflikten um Abchasien und Südossetien hat sich die Lage in den vergangenen zwölf Monaten drastisch verschlechtert. Während zwischen den unmittelbaren Konfliktparteien nahezu alle Kontakte abgebrochen wurden und die für Verhandlungen und Konfliktmanagement vorgesehenen Formate unter UN- beziehungsweise OSZE-Ägide dysfunktional geworden sind, hat sich eine Eskalationsspirale zwischen Georgien und Russland aufgebaut, an der beide Seiten eifrig drehen. Georgien versucht auf der einen Seite, seine politische und militärische Position in den Konfliktregionen durch oft aggressive und provokative Aktionen auszubauen und hat sich offenbar endgültig von einer Politik des schrittweisen Vertrauensaufbaus mit Abchasen und Südosseten verabschiedet. Zum anderen konzentriert es seine außenpolitischen Ressourcen auf NATO-Beitritt und Verdrängung Russlands aus den Konfliktregionen. Russland seinerseits nutzt seine widersprüchliche Rolle als Garant der Waffenstillstände und Schutzmacht der Separatisten, um unverhohlen die enge Anbindung dieser Regionen an Russland voranzutreiben und das georgische Streben nach NATO-Beitritt zu sabotieren. Während die USA zumindest öffentlich die georgische Politik ausnahmslos gutheißen, erscheinen europäische Deeskalationsanstrengungen und Initiativen zur Wiederbelebung direkter Kontakte derzeit recht hilf- und wirkungslos.

Innpolitisch wurden erst Georgien und dann Armenien durch schwere Krisen erschüttert, deren zwischenzeitliche „Lösungen“ grundlegende Zweifel an der demokratischen Verfasstheit und dem inneren Frieden dieser Länder hinterlassen.

In Georgien folgten der gewaltsamen Auflösung einer oppositionellen Massendemonstration, der Schließung oppositioneller Sender und der Verhängung des Ausnahmezustandes im November 2007 vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Januar und Mai. In diesen Wahlen, denen erbitterte Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition um Wahlrechtsfragen und Chancengleichheit vorausgegangen waren und deren Ergebnis von den Verlierern als gefälscht gebrandmarkt wurde, konnte die Regierung von Präsident Saakaschwili trotz Stimmenverlusten gegenüber früheren Wahlen ihr politisches Machtmonopol sogar ausbauen. Die Chance, institutionell mehr politischen Pluralismus zu verankern und damit drohenden autoritären Tendenzen Einhalt zu gebieten, wurde damit allerdings verpasst.

In Armenien wurde die allgemein erwartete reibungslose Machtübertragung vom ausscheidenden Präsidenten Robert Kotscharian auf Premierminister Serge Sargsian bei den im Februar 2008 durchgeführten Präsidentschaftswahlen durch die überraschende Kandidatur von Kotscharians Vorgänger Levon Ter-Petrosian gründlich durcheinander gebracht. Mit Ter-Petrosian verfügte die organisatorisch schwache und zersplitterte Opposition plötzlich über eine charismatische Führungsfigur, der über Monate mit periodisch abgehaltenen Großdemonstrationen im Zentrum von Jerewan das politische Leben aufwühlte. Die Wahlen ergaben allerdings schon in der ersten Runde eine absolute Mehrheit für Sargsian, auch als Folge der enormen „administrativen Ressourcen“, über die der „Kandidat der Macht“ verfügte. Als die Opposition daraufhin die Wahlergebnisse nicht anerkannte und zu Massendemonstrationen bis zur Wiederholung der Wahlen aufrief, wurden diese nach zehn Tagen unter Einsatz äußerster Gewalt aufgelöst und der Ausnahmezustand verhängt. Mindestens acht Demonstranten wurden dabei getötet. Mit Massenverhaftungen und der gerichtlichen Verfolgung von Rädelsführern, einem repressiven Versammlungsgesetz und Initiativen zur Adaption „moderater“ Teile der Opposition ans Regierungslager hat die Regierung mittlerweile ihre Kontrolle wieder voll hergestellt. Für die Legitimität und Stabilität der Präsidentschaft Sargsian nach innen und das Image Armeniens als „demokratisch regierter Staat“ nach außen waren die Ereignisse des Frühjahrs jedoch der denkbar schlechteste Start für den neuen Präsidenten.

Konflikte in der Region

Berg-Karabach: Taktieren um den Zeitvorteil

Wie im Grunde seit nahezu einem Jahrzehnt, gibt es auch im Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate zwischen Sommer 2007 und 2008 nichts substantiell Neues über den Verhandlungsprozess zur Lösung des Konfliktes um die de-jure zu Aserbaidschan gehörende armenische Enklave Berg-Karabach zu berichten.

Die letzte maßgebliche Aktivität bei den offiziellen Verhandlungen unter der Ägide der Minsk-Gruppe der OSZE war im November 2007 die Vorlage eines Dokuments durch die Außenminister Frankreichs, der USA und Russlands. Das Papier wurde von den aus diesen Ländern stammenden Co-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe erarbeitet und beschreibt die Basisprinzipien für eine politische Beilegung des Konfliktes. Obwohl sich die Vorsitzenden der Minsk-Gruppe noch Anfang 2008 optimistisch äußerten, harrt dieses Dokument seither der Unterschrift der Präsidenten, und es ist derzeit offen, ob es sich um eine Frage von Monaten oder von Jahren handelt, bis das Papier tatsächlich unterzeichnet wird. Möglicherweise entsteht eine neue Bewegung nach dem 15. Oktober 2008, wenn mit der Amtsbestätigung von Ilham Aliyev bei den aserbaidschanischen Präsidentschaftswahlen das Jahr der Präsidentschaftswahlen in beiden Ländern vorbei geht.

Die auf wenigen Seiten beschriebenen Prinzipien betreffen die stufenweise Rückgabe der Berg-Karabach umgebenden, von armenischen Truppen besetzten sieben aserbaidschanischen Bezirke gegen internationale Sicherheitsgarantien (mit internationaler Truppenpräsenz) für Berg-Karabach, die Rückkehr von Flüchtlingen in diese Regionen, die Aufhebung der Ost-West-Blockade Armeniens und die Rehabilitation aller Ost-West-Verkehrskorridore. Über den endgültigen Status von Berg-Karabach,

Zentralfrage des Konfliktes, soll in einem Referendum „zu einem späteren Zeitpunkt,“ frühestens in zehn bis fünfzehn Jahren, entschieden werden. In dieser zentralen Frage, von der die Umsetzung aller anderen Vereinbarungen abhängt, liegen die Positionen nach wie vor unvereinbar auseinander. Aserbaidschan besteht auf seiner territorialen Integrität und der Zugehörigkeit von Karabach zu Aserbaidschan, mit „höchster Autonomie“ ausgestattet; Armenien pocht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und damit auf die von den Karabach-Armeniern gewünschte Unabhängigkeit. Beide Seiten versprechen ihrem heimischen Publikum, diese „rote Linie“ niemals zu überschreiten. Deshalb wollen beide Seiten die Regeln für das Referendum so gestaltet sehen, dass jeweils nur ein für die eigene Seite akzeptables Ergebnis herauskommen kann.

Noch spielen beide Seiten auf Zeit: Aserbaidschan vertraut darauf, Armenien irgendwann militärisch erdrücken und dadurch zum Einlenken zwingen zu können. Die armenische Seite glaubt, das Fortbestehen des Status Quo stabilisiere die seit dem Krieg bestehende Zugehörigkeit Karabachs zu Armenien und werde irgendwann zur internationalen Anerkennung dieses Ergebnisses führen. Zudem sei eine erneute militärische Eskalation nach 14 Jahren Waffenstillstand unwahrscheinlich, da Aserbaidschan durch einen Angriff auf armenische Stellungen seinen Ruf als stabiler Energielieferant nachhaltig gefährden würde.

Möglicherweise kann ausgerechnet der „Erbfeind“ Armeniens, die Türkei, neue Dynamik in die Situation bringen. Die Regierung von Recep Tayyip Erdogan bemüht sich seit etwa einem Jahr um eine Annäherung an Armenien: Langsam wird das Tabu um die Genozid-Frage in der türkischen Öffentlichkeit gelockert, die Frage der Grenzöffnung nach Armenien wird zum Gegenstand außenpolitischer Diskussion,

und die Türkei bringt sich als Partner für eine neue „Kaukasus-Plattform“ für Kooperation und Sicherheit unter Einbezug aller Akteure und angrenzenden Regionalmächte ins Spiel. Mögliche Angebote der Türkei Armenien gegenüber – etwa zur Grenzöffnung, zur Aufhebung der Ost-West-Blockade des Landes und zur Einbindung in Transport- und Energieprojekte im kaspisch-kaukasischen Raum – dürften die armenische Haltung zur Karabach-Frage kaum grundsätzlich verändern, sondern allenfalls flexibler machen.

Konflikte um georgische Sezessionsregionen

In den Konflikten um die zwei de-jure zu Georgien gehörenden Sezessionsgebiete Abchasien und Südossetien hat sich die Situation zwischen Sommer 2007 und 2008 weiter verschlechtert. Dabei lassen sich parallel für beide Konflikte drei Hauptfaktoren der Eskalation feststellen:

1) Die georgische Regierung unter Präsident Micheil Saakaschwili ist entschlossen, notfalls durch aggressive Aktionen den bestehenden Status Quo in den Konfliktregionen zu ändern, der die militärischen Niederlagen Georgiens Anfang der 90er Jahre reflektiert und die De-facto-Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens von Georgien sichert, und die westliche Staatengemeinschaft für ein eindeutiges Engagement für die Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes zu mobilisieren. Sie will Russland aus seiner widersprüchlichen Doppelrolle als Garant des Waffenstillstandes und zugleich Schutzmacht und Bündnispartner der Sezessionisten verdrängen. Getreu dem ultimativen Politikstil des georgischen Präsidenten werden daher bestehende, für Georgien nachteilige Formate des Konfliktmanagements ersatzlos aufgehoben, unilaterale Strategien zur politischen und militärischen Herausforderung der Gegenseite verfolgt und im Innern eine aggressiv nationalistische PR-Politik betrieben. Nach außen wurde die Frage des

schnellstmöglichen Beitritts Georgiens zur NATO zur Schicksalsfrage Georgiens erhoben. Denjenigen, die sich beim NATO-Gipfel in Bukarest gegen den amerikanischen Druck auf Aufnahme Georgiens in den Beitrittsprozess („Membership Action Plan“) gestellt haben, wurde Verrat an der georgischen Nation zugunsten eigener Interessen gegenüber Russland unterstellt. Die innenpolitische Polarisierung in Georgien nach der Novemberkrise tut ein Übriges, um die Friedens- und Dialogfähigkeit der politischen Elite des Landes nach außen zu reduzieren.

2) Russland hat es längst aufgegeben, als einzige internationale Macht zur militärischen Überwachung der Waffenstillstände in den Konfliktregionen noch irgendeinen Anschein von Neutralität zu wahren. Weit über die Verteidigung des Status Quo gegen georgische Anstrengungen hinaus betreibt es offen die politische, wirtschaftliche und militärische Stabilisierung der De-facto-Staaten und führt diese in eine enge Assoziation mit Russland. Ebenso unilateral wie auf der anderen Seite Georgien hob Russland im März 2008 die (seit langem unwirksam gewordenen) Wirtschaftssanktionen der GUS gegen Abchasien auf, und Präsident Putin verabschiedete sich im April mit einem Erlass zur „Formalisierung der Beziehungen Russlands mit Südossetien und Abchasien“ aus dem Amt, der nur knapp unter der Schwelle der Anerkennung beider Regionen als unabhängige Staaten blieb. Der russische Furor wird angetrieben einerseits von einer persönlich geprägten Abneigung gegen Präsident Saakaschwili und seinen provokativen Regierungsstil. Aber auch vom georgischen Streben in die NATO, das man eindeutig als gegen Russland gerichtet interpretiert und daher sabotieren will. Und schließlich erkennt man in den georgischen Sezessionskonflikten die Chance, nun „sein eigenes Kosovo“ zu inszenieren und sich am „US-Zögling Georgien“ stellvertretend für den „Westen“ für die als Demütigung empfundenen Entscheidungen der vergangenen Jahre (Kosovo,

Irak etc.) zu revanchieren. Wie die ersten Handlungen des neuen russischen Präsidenten Dmitri Medvedev vermuten lassen, hat dieser ein starkes Interesse daran, seine gegenüber dem Vorgänger Wladimir Putin wesentlich geringere Popularität in Russland auf eben diesem Wege auszubauen.

3) Von dieser geopolitisch motivierten russisch-georgischen Eskalation völlig in die Defensive gedrängt worden sind politische Ansätze, die auf den direkten Dialog der unmittelbaren Konfliktparteien und auf eine langfristig angelegte Entspannungspolitik setzen. In deren Rahmen zu einem späteren Zeitpunkt auch die derzeit unlösbaren Statusfragen lösbar werden und durch eine Veränderung der Rahmenbedingungen an Bedeutung verlieren könnten. Die Europäische Union hat sich zuletzt mit solchen Ansätzen versucht, wie etwa jüngst beim Besuch des deutschen Außenministers Steinmeier in Georgien und Abchasien. Die EU leidet aber darunter, dass ihre Initiative um Jahre zu spät kommt und sie durch zu undifferenzierte jahrelange Parteinahme auf Seiten Georgiens nur sehr eingeschränktes Vertrauen auf Seiten der Südosseten und Abchasen genießt. Ebenso in die Defensive sind aber auch informelle Dialogformate geraten, wie sie von der Heinrich-Böll-Stiftung und anderen internationalen Organisationen in den vergangenen Jahren angeboten wurden. Sie stoßen auf Ablehnung bei den georgischen Autoritäten, die darin nur eine Gelegenheit zum Legitimationsgewinn für die von der georgischen Seite kriminalisierten „Separatistenregimes“ erkennen kann. Ein direktes Zusammentreffen der Seiten findet nur noch in negativer Form statt – bei gewaltsamen Zusammenstößen an der Waffenstillstandslinie, wie sie v.a. Südossetien trauriger Alltag geworden sind.

Südossetien: Vom Kleinkrieg zum Krieg?

Würde man auch nur eine halbwegs vollständige Aufzählung aller Eskalationsmomente im Südos-

setien-Konflikt während der vergangenen Monate versuchen, so würde ein viele Seiten langer Report entstehen, dem täglich mehrere neue Seiten hinzugefügt werden müssten.

Spätestens seit der Einsetzung der südossetischen „Parallelregierung“ von Dimitri Sanakoev durch Tbilisi im Mai 2007 ist eine Besonderheit dieser Konfliktregion, die zuvor für viele Beobachter eigentlich eine gute Basis für ossetisch-georgische Interaktion zu sein schien, zum Problem geworden: Die ethnisch-territoriale Gemengelage, in der georgische und südossetische Dörfer in der Konfliktzone nebeneinander existieren. Mit der Ansiedlung des georgisch kontrollierten „Marionettenregimes Sanakoev“ als Gegengewicht zum russisch kontrollierten „Marionettenregime“ des De-facto-Präsidenten Kokoity im nur fünf Kilometer von Tskhinvali entfernten georgischen Dorf Kurta hat die georgische Seite einen Stachel in das südossetische Nervenzentrum getrieben, der die Spannungen massiv verschärft hat. Über Kurta führte die wichtigste Verbindungsstraße von Tskhinvali nach Norden (zum Roki-Tunnel und nach Nordossetien), sie musste nun von den Südosseten durch den Bau einer Umgehungsstraße ersetzt werden. Im Gegenzug blockierten Osseten die Zufahrt zu verschiedenen georgischen Dörfern; auch hier wurden als Antwort Umgehungsstraßen über georgisch kontrolliertes Territorium gebaut – ein in der Hochgebirgslandschaft der Region sehr aufwändiges Unterfangen.

Die Georgier begannen nun „Friedensverhandlungen“ über den zukünftigen Status der Region innerhalb Georgiens mit dem von ihnen eingesetzten Sanakoev, der sich nur auf die georgische Bevölkerung der Region stützen kann. Eine Farce, die von der Gegenseite nur als Absage an jede Form ernsthafter Friedensverhandlungen verstanden werden konnte und die Sanakoev in den Augen der meisten Osseten endgültig als „Verräter“

brandmarkte. Die andere Seite der georgischen Strategie besteht darin, massiv in den von der Sanakoev-Administration kontrollierten Dörfern zu investieren: Schwimmbäder, Diskotheken, Tankstellen und neu asphaltierte Straßen sollen den Südosseten zeigen, wie gut es ihnen in einem wiedervereinigten Georgien gehen könnte. Ein eher komischer Höhepunkt dieser Strategie wurde im Oktober 2007 mit einem Konzert des Boney M-Altstars Marcia Barrett im ossetischen Dorf Tamarasheni unweit von Tschinvali erreicht, das von der georgischen Regierung finanziert wurde. Über friedenspolitische Rückwirkungen dieses Events ist bislang nichts bekannt geworden.

Die unilateralen Investitionsprogramme der georgischen Seite, die in Südossetien durch Pensionszahlungen und intransparente Investitionen der russischen Seite gekontert werden, untergraben gleichermaßen das 2006 vereinbarte, unter anderem mit EU-Geldern finanzierte und unter OSZE-Ägide durchgeführte Programm zur wirtschaftlichen Rehabilitation der Konfliktregion, das durch paritätische Beteiligung beider Seiten Gelegenheit zur Vertrauensbildung durch Kooperation bot und in der Anfangsphase auch einige Projekte erfolgreich realisieren konnte. Ob dieses Programm überhaupt noch weitergeführt werden kann, erscheint im Sommer 2008 höchst unklar.

Mit der Forderung, das bisher bestehende „3+1“-Format (Russland, Nordossetien, Südossetien und Georgien) der unter der Ägide der OSZE bestehenden Joint Control Commission (JCC) zur Überwachung des Waffenstillstands in ein 2+2+2 Format (Russland/Kokoity-Südossetien und Georgien/Sanakoev-Südossetien und OSZE/EU) zu verwandeln, kündigte die georgische Regierung im Frühjahr 2008 ihre Mitarbeit in der JCC endgültig auf. Nachdem die JCC vom (unvollkommenen) Konfliktmanagementinstrument zum Konfliktgegenstand geworden ist, besteht nun kein funktionierender

Mechanismus zur Deeskalation mehr. Ein bedenklicher Zustand angesichts täglicher Schießereien an der Waffenstillstandslinie, der Aufrüstung beider Seiten entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstandes, der Entführungen und massiven gegenseitigen Provokationen.

Beide Seiten beschuldigen sich regelmäßig, die jeweils andere durch Provokation in einen neuen Krieg hineinziehen zu wollen, worauf man natürlich nicht hereinfallen werde. In den georgischen Medien – und hier besonders im neu eingerichteten, vom Verteidigungsministerium betriebenen Fernsehsender – wird offen für Militärmaßnahmen zur Wiederherstellung der georgischen Kontrolle über Südossetien geworben, als Maßnahme zur „Abwehr der Aggression der russischen Armee“. Auf südossetisch-russischer Seite vergeht kein Tag, an dem die Fernsehsender nicht vor dem „faschistischen Regime Saakaschwili“ warnen. Offenbar hält es niemand der Verantwortlichen auf beiden Seiten für notwendig, diese Eskalationsspirale zum Stehen zu bringen. Anscheinend glauben beide Seiten, durch Eskalation eher gewinnen als verlieren zu können.

Abchasien: Lose-Lose

Auch für eine friedliche Beilegung des Abchasien-Konfliktes haben sich die Perspektiven im Berichtszeitraum nur verdüstert.

Seit der Kodori-Krise im Sommer 2006, als die georgische Seite im oberen Teil der nach Waffenstillstandsvereinbarung zu Abchasien gehörenden Kodori-Schlucht eine bewaffnete Operation gegen einen aufsässigen georgischen Warlord durchführte und anschließend in der nun „Ober-Abchasien“ genannten Schlucht den Sitz der abchasischen Exilregierung etablierte, gibt es keine politischen Verhandlungen. Eine Verschärfung erfuhr die Kodori-Krise 2007 durch einen offenbar von russischen Helikoptern ausgeführten Raketenangriff auf Gebäude der abchasischen Exilregierung und durch einen

schweren Zwischenfall im September 2007, als es auf abchasischer Seite der Waffenstillstandslinie zu einem Gefecht zwischen georgischen Gebirgsjägern und einem abchasischen Trupp kam, in dessen Verlauf zwei russische Ausbilder der abchasischen Armee per Kopfschuss aus kurzer Distanz getötet wurden. Die abchasische Seite verweist mit einigem Recht auf die Moskauer Waffenstillstandsvereinbarungen von 1994, denen zufolge in der Kodori-Schlucht keine bewaffneten Formationen stationiert werden dürfen, sondern nur lokale Polizeieinheiten. Bis zum international verifizierten Abzug aller bewaffneten georgischen Verbände aus der Kodori-Schlucht verweigert die abchasische Seite die Teilnahme an jeder Art politischer Verhandlungen mit den Georgiern.

Auch am anderen Kulminationspunkt möglicher Eskalation, dem Gali-Distrikt, der von georgischen Rückkehrern besiedelten Landwirtschaftsregion im Süden Abchasiens, bleibt die Situation angespannt. Zwar hat sich nach Ansicht der UNOMIG die Sicherheitslage in den vergangenen zwei Jahren insgesamt verbessert. Doch bleibt die georgische Gali-Bevölkerung Geisel konträrer Interessen: Die abchasische Seite unternimmt wichtige Schritte zur politischen und wirtschaftlichen Integration der Gali-Georgier. Doch bleiben insgesamt die abchasischen Vorbehalte gegenüber diesen „unzuverlässigen Elementen“ hoch. Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung kann nicht die Rede sein. Die georgische Seite will verhindern, dass sich die Gali-Bevölkerung in Abchasien integriert und die De-facto-Regierung ihre Kontrolle ausbaut. Daher auch die zahlreichen Störmanöver während der abchasischen Parlamentswahlen im Frühjahr 2007, die Drohungen gegen Gali-Einwohner, die zur Wahl gehen wollten, ein patriotisches Jugendlager der Georgier direkt an der Waffenstillstandslinie. Es ist beinahe überflüssig festzustellen, dass die georgisch-abchasische Überlagerung in der Gali-Region von den Konfliktparteien

nicht als Chance gesehen wird zur Entwicklung georgisch-abchasischer Zusammenarbeit, sondern nur als Gegenstand taktischer Manöver im Kräftemessen mit dem Gegner.

Vor diesem Hintergrund brachte auch der im April 2008 kurz vor dem Bukarester NATO-Gipfel von Präsident Saakaschwili vorgelegte „Friedensplan“ für Abchasien keine neuen Impulse. Er enthielt zwar zahlreiche Elemente, die bisher auf georgischer Seite als Tabu galten, darunter die Akzeptanz staatlicher Symbole für Abchasien oder die Einrichtung eines Vizepräsidentenamtes für Abchasien. Dennoch war dieser Vorschlag, der ohne innenpolitische Vorbereitung und ohne Vorabinformation der Gegenseite gleich an die internationale Öffentlichkeit gebracht wurde, wohl eher eine Botschaft an den Bukarester NATO-Gipfel, der über die Aufnahme Georgiens in einen Membership Action Plan zu entscheiden hatte, um die friedlichen Intentionen der georgischen Seite zu demonstrieren.

Ansonsten entspricht die georgische Strategie zu Abchasien in etwa der zu Südossetien, obwohl man in der abchasischen Regierung anders als beim südossetischen Kokoity-Regime einen wesentlich eigenständigeres Gegenüber für Verhandlungen finden könnte. Doch die georgische Entscheidung ist eindeutig: keine Kontakte zu den Separatisten, um deren Legitimität nicht anzuerkennen, alle Kräfte fokussieren auf das Mobilisieren internationaler Solidarität im Kräftemessen mit Russland, Eingrenzung des russischen Einflusses in Abchasien durch Internationalisierung der Friedenstruppen, NATO-Mitgliedschaft zur Sicherung militärischen Beistandes gegenüber Russland.

Ganz offensichtlich nimmt Russland dieses geopolitische Kräftemessen gerne an. Auch in Abchasien tritt es mittlerweile unverhohlen als Hegemon auf, der sich in seiner Rolle als „Schutzmacht für die von georgischer Aggression bedrohten Abchasen“ berechtigt sieht, ohne Konsultation mit der

georgischen Seite und ohne Rücksicht auf internationale Vereinbarungen militärische, politische und wirtschaftliche Fakten im eigenen Interesse zu schaffen. Und das eigene Interesse an Abchasien verdichtet sich: Der Zuschlag zur Durchführung der Olympischen Winterspiele 2013 im nur 30 Kilometer von der georgisch-russischen beziehungsweise abchasisch-russischen Grenze entfernten Sotschi weckte zusammen mit entsprechenden Aussagen russischer Politiker Hoffnungen in Abchasien, man werde wirtschaftlich und politisch entscheidend von den Spielen profitieren können und sogar direkt durch Bereitstellung von Hotel- und Verkehrsinfrastruktur teilhaben können.

Militärisch entscheidet Russland mittlerweile ohne jede Konsultation im dafür vorgesehenen UN-Rahmen, wann es wie viele Soldaten seiner „Friedenstruppen“ in Abchasien stationiert, obwohl die letzten Stationierungen im Frühjahr 2008 entgegen georgischen Behauptungen offenbar doch nicht die nach den Waffenstillstandsvereinbarungen zulässigen Höchstzahlen überschritten. Auf eine Verletzung des Waffenstillstandes durch die georgische Seite – den Überflug abchasischen Territoriums durch unbemannte Spionageflugzeuge – antwortete die russische Seite mit ebenso flagranten Aktionen – dem Abschuss der Drohnen durch russische Militärjets. Und schließlich sendete Moskau im Mai 2008 zusätzliche „unbewaffnete Eisenbahntrouppen“ nach Abchasien, um „aus humanitären Gründen“ den Wiederaufbau der von Nord nach Süd führenden Eisenbahnlinie voranzubringen. Die russische Regierung hielt es bei dieser Aktion in keiner Weise für nötig zu erklären, warum für die „humanitär motivierte“ Wiederherstellung einer Eisenbahnlinie nicht Ingenieure und Bauarbeiter, sondern Militärs benötigt wurden.

Statt eines Win-Win-Ausgangs des georgisch-abchasischen Konfliktes zeichnet sich derzeit dauerhaft ein Lose-Lose-Ergebnis ab: Georgien

verliert jede langfristige Perspektive auf eine friedliche Beilegung des Abchasien-Konfliktes unter Berücksichtigung georgischer Interessen, hier unter anderem des Rückkehrrechtes für georgische Abchasien-Flüchtlinge. Abchasien wiederum verliert die Aussicht auf eine tatsächliche politische Souveränität, da die Entscheidungen zum Grad seiner politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit auf lange Sicht nicht in Suchumi, sondern in Moskau fallen werden.

Politische Krise in Georgien

Tiefe Brüche vier Jahre nach der „Rosenrevolution“

Am 2. November 2007 fand vor dem georgischen Parlament eine Großdemonstration statt, die den Kulminationspunkt einer seit langem anwachsenden Polarisierung bildete zwischen der Regierung von Präsident Saakaschwili, die alle politischen und staatlichen Institutionen des Landes exklusiv kontrollierte und zunehmend einen autoritären Regierungsstil pflegte, und einer heterogenen Opposition, deren Spektrum von Links- und Rechtspopulisten bis zu liberalen Bürgerrechtlern reichte (siehe Berichte der Vorjahre). An dieser Großdemonstration nahmen nach Schätzungen zwischen 60.000 und 100.000 Menschen teil, soviel wie seit der „Rosenrevolution“ im Herbst 2003 nicht mehr. Den Anlass zum Demonstrationsaufruf der Opposition zum 2. November bot die Verhaftung des ehemaligen Verteidigungsministers Irakli Okruaschwili Anfang Oktober. Okruaschwili war drei Jahre lang Saakaschwilis engster Verbündeter und diente ihm zunächst als Generalstaatsanwalt, dann als Innenminister und schließlich als Verteidigungsminister. Im November 2006 überwarf er sich mit dem Präsidenten und schied aus der Regierung aus. Lange wurde über die Zukunft des populären, als

nationalistischer Hardliner bekannten Okruaschwili spekuliert, bis er sich im Spätsommer an die Spitze einer von ihm neu gegründeten Oppositionspartei setzte. Kurz darauf wurden enge Gefolgsleute von ihm unter Korruptionsverdacht verhaftet, und Okruaschwili gab eine sensationelle Pressekonferenz, bei der er den Präsidenten der Anstiftung zum Mord, der Günstlingswirtschaft und der politischen Feigheit bezichtigte. Am nächsten Tag wurde auch er wegen Korruption und Amtsmissbrauch verhaftet. Nur zwei Tage später zog er vor laufenden Kameras und in offensichtlich gebrochenem Zustand seine sämtlichen Anschuldigungen zurück und wurde gegen Zahlung einer Kaution freigelassen. Einen Tag vor der ersten Großdemonstration in Tbilisi wurde er nach seinen Angaben unter Zwang ins westliche Ausland abgeschoben.

Die öffentliche Empörung um den Fall Okruaschwili führte die heterogene Opposition zur Bildung einer Oppositionsallianz aus zehn Parteien, die sich auf zwölf politische Grundprinzipien (Westorientierung und NATO-Aufnahme, Stärkung des Parlaments, Unabhängigkeit der Gerichte) und wenige zentrale Forderungen einigten:

- die Rücknahme einer Verfassungsänderung von Dezember 2006, die die laufende Legislaturperiode um ein halbes Jahr bis Herbst 2008 verlängerte und damit die Rückkehr zum ursprünglich von der Verfassung vorgesehenen Termin für die Parlamentswahlen im Frühjahr 2008
- die Änderung des ausgeprägten Mehrheitswahlrechts, das die Regierungspartei begünstigt
- Änderungen bei der Besetzung der Wahlkommission, die vom Präsidenten mit Zustimmung des Parlamentes vorgenommen wird
- sowie die Freilassung „politischer Gefangener“.

Die Demonstration wurde vom landesweit sendenden privaten Fernsehkanal „Imedi“ live übertragen. Er gehörte mehrheitlich dem georgischen „Oligarchen“

Badri Patarkatsishvili, der seit 2006 offen in Opposition zur Regierung Saakaschwili gestellt hatte. Auf die gewaltige Demonstration reagierten Angehörige der Regierung am 2. November zunächst nur mit spöttischen Kommentaren, während die von ihr kontrollierten Sender begannen, die angebliche „Steuerung der Demonstrationen durch russische Agenten“ breit zu thematisieren. Schließlich nahm Parlamentspräsidentin Burdschanadse Gespräche mit Vertretern der Oppositionsallianz auf, die jedoch schnell an der fehlenden Kompromissbereitschaft beider Seiten zur zentralen Oppositionsforderung – frühere Parlamentswahlen – scheiterten.

Daraufhin verkündeten einige der radikaleren Anführer des Protestes einen Hungerstreik und begannen vor dem Parlament Zelte aufzubauen. Den meisten Beobachtern der Szene erschien es offensichtlich, dass es sich dabei nur noch um Ausläufer eines durch eigene Radikalisierung und die Ignoranz der Regierung im Abflauen befindlichen Protestes handelte.

Umso überraschender kam daher am Morgen des 7. November die von der Regierung angeordnete gewaltsame Räumung der von rund 200 Demonstranten vor dem Parlament aufrechterhaltenen Dauerdemonstration. Die Nachricht von der Räumung der Demonstration vor dem Parlament verbreitete sich in Windeseile und ließ den Massenprotest sofort neu aufleben. Viele strömten zum Parlament, um gegen die Polizeiaktion zu protestieren. Bis zum Mittag hatten sich etwa 10.000 Demonstranten auf dem Rustaveli-Prospekt vor dem Parlament eingefunden. Die Regierung regierte mit großer Härte: Mit Reizgas und Gummigeschossen wurde die Demonstration auseinandergetrieben, viele Demonstranten bis in Hauseingänge verfolgt und verprügelt. Auch eine zweite Demonstration am Nachmittag desselben Tages am Ufer der Kura wurde mit äußerster Härte aufgelöst; diesmal wurden auch zahlreiche Journalisten zu Zielscheiben der Angriffe.

Schon kurz nach der Räumung der Demonstration vor dem Parlament traten Regierungsmitglieder vor die Kameras mit der Erklärung, hier habe ein Rechtsstaat gehandelt, der das Gewaltmonopol des Staates gegen illegale Demonstrationen durchsetzen müsse – so wie das üblich sei auch in anderen europäischen Staaten.

Kaum mehr zu erfassen durch diese Erklärung war dann aber am Abend desselben Tages die Erstürmung des Fernsehsenders IMEDI durch bewaffnete und maskierte Einsatzgruppen bei laufendem Sendebetrieb, die Festnahme von Journalisten und die Zerstörung zentraler Sendeanlagen. Erst nach dieser Aktion verkündete die Regierung den Ausnahmezustand: Sie habe soeben den Versuch eines Staatsstreichs niedergeschlagen. Wichtige Grundrechte – zuvorderst das auf Versammlungsfreiheit – wurden für 15 Tage außer Kraft gesetzt, die Ausstrahlung von Informationssendungen durch die Regierung monopolisiert.

In den folgenden Tagen nutzte die Regierung ihr Informationsmonopol, um die These vom „aus Russland gesteuerten Staatsstreich“ zu untermauern: Im Staatsfernsehen wurden Oppositionelle im Gespräch mit Angehörigen der russischen Botschaft gezeigt, angeblich abgehörte Telefongespräche gesendet und andere Behauptungen aufgestellt, die die Spur nach Russland beweisen sollten. Keine dieser Informationen konnte von unabhängiger Seite verifiziert oder widerlegt werden.

Der Welle internationaler Empörung, die der georgischen Regierung nach der gewaltsamen Auflösung der Demonstration, der Schließung unabhängiger Sender und der Verhängung des Ausnahmezustandes entgegenschlug, begegnete Präsident Saakaschwili schon am Abend des 8. November durch die überraschende Ansetzung vorgezogener Präsidentschaftswahlen am 5. Januar 2008. Damit erfüllte er ausgerechnet die radikalste

Forderung der Demonstranten, ohne jedoch ein hohes Risiko einzugehen:

Seine Regierung verfügte, auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes am 16. November über eine starke Dominanz in den elektronischen Medien. Die Opposition, teilweise verfolgt wegen „Umsturzversuchs“ oder „Landesverrates“, blieb trotz der Ereignisse in sich gespalten und verfügte über keine charismatischen Führungsfiguren. Der in aller Eile von der Oppositionsallianz aufgestellte Geschäftsmann Levan Gachechiladze war ein Kompromisskandidat ohne politisches Profil und Führungsqualitäten, der als wichtigstes Ziel seiner möglichen Präsidentschaft die Abschaffung des Präsidentenamtes ausgab. Hinzu kam, dass Saakaschwili mit seiner Regierungspartei „Nationale Bewegung“ alle politischen Institutionen des Landes kontrollierte und gegenüber seinen Konkurrenten über ein Vielfaches an Möglichkeiten zur Mobilisierung wirtschaftlicher Ressourcen für seine Wahlkampagne verfügte.

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen am 5. Januar 2008, bei der Saakaschwili nach offizieller Zählung gleich in der ersten Runde eine absolute Mehrheit von 53,5 Prozent der Stimmen erhielt, war daher nicht grundsätzlich eine Überraschung. Allerdings bestehen bei gründlicher Analyse der teilweise erheblichen Kritik internationaler Wahlbeobachter am Auszählungsprozess begründete Zweifel, ob Saakaschwili tatsächlich die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht hat oder ob nicht vielmehr ein zweiter Wahlgang erforderlich gewesen wäre, in dem er sich mit dem Zweitplatzierten Gachechiladze (25,7 Prozent) hätte messen müssen und ihm statt sechs Oppositionskandidaten nur ein Oppositionskandidat gegenübergestanden hätte.

Die Opposition sprach von eindeutigem Wahlbetrug und forderte in mehreren Großdemonstrationen die Durchführung einer Stichwahl. Mit einem „illegitimen selbsternannten Präsidenten Saakaschwili“ werde es

keine Zusammenarbeit und keinen Dialog geben. Nüchternere Kommentatoren und einige liberale Oppositionspolitiker rieten jedoch bald dazu, sich statt auf aussichtslose Kampagnen zur Revision der Präsidentschaftswahlen auf die ebenfalls vorgezogenen, für den 21. Mai 2008 angesetzten Parlamentswahlen zu konzentrieren. Immerhin hatte der Präsident gegenüber den Wahlen von 2004 über 40 Prozent Zustimmung verloren und war in Tbilisi generell auf dem zweiten Platz gelandet.

Doch die Opposition tat in den Folgemonaten alles, um ihre Chancen auf einen Wahlsieg bei den Parlamentswahlen zu verspielen, ebenso wie die Regierungsseite keine Chance ausließ, die Regeln für die Wahlen weiter zu ihren Gunsten zu verändern. Die Opposition, deren Unterstützung bei den Wählern im wesentlichen auf der Frustration über die Regierung, aber nicht auf eigener positiver Programmatik gründete, spaltete sich bald in ein radikales und ein gemäßigtes Lager. Die Radikalen um den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Levan Gachechiladze erlitten im März ein Fiasko mit einem Hungerstreik, den sie über Wochen zur Durchsetzung von Wahlrechtsänderungen in den Räumen des Parlamentes durchführten, aber Ende März mangels öffentlicher Unterstützung ergebnislos abbrechen mussten. Die gemäßigten Kräfte um die liberale „Republikanische Partei“ scheiterten in Verhandlungen mit der Regierung daran, eine Abmilderung des für die Regierungspartei vorteilhaften ausgeprägten Mehrheitswahlrechtes durchzusetzen. Im Wahlkampf, in dem die Republikanische Partei anders als bei den Präsidentschaftswahlen außerhalb der Oppositionsallianz auftrat, wurde sie zwischen den Polen Regierung und radikale Opposition zerrieben. Einen Überraschungsmoment, der das Regierungslager kurz vor den Wahlen zu schwächen schien, steuerte Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadze bei, die im letzten Moment vor der endgültigen Aufstellung der Parteilisten ihren

Verzicht auf die Kandidatur erklärte, da sie sich mit ihren Parteikollegen nicht über die Zusammensetzung der Liste habe einigen können. Mit dem Abgang Burdschanadzes aus dem Regierungslager war damit nach dem Tod des Premierministers Surab Schwania im Februar 2005 das ehemalige „Triumvirat der Rosenrevolution“ endgültig Vergangenheit.

Die georgischen Parlamentswahlen am 21. Mai, bei denen die regierende Nationale Bewegung 59 Prozent der Stimmen und über zwei Drittel der Sitze erhielt, während die Oppositionsallianz mit 18 Prozent weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz landete, manifestierte das Scheitern von Regierung und Opposition gleichermaßen an der Aufgabe, den weite Bevölkerungskreise umfassenden Dissens über zentrale Fragen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes abzubilden und in einen konstruktiven parlamentarischen Prozess einzubinden. Statt politischem Pluralismus und effektiver Gewaltenteilung zwischen einem starken Präsidenten, einem eigenständigen Parlament und einer unabhängigen Gerichtsbarkeit besteht nun das Machtmonopol einer Partei fort, die als Organisation vollständig von der Person des Präsidenten abhängt. Große Teile der politischen und gesellschaftlichen Opposition bleiben, aus eigenem Versagen und in Folge der bestehenden Chancenungleichheit, aus der institutionalisierten Politik ausgeschlossen. Institutionell gibt es keine Kontrollen, die das Abgleiten einer unter Druck geratenen Regierung in autoritäre Herrschaftspraxis verhindert. Für die politische Kultur und den inneren Frieden eines Landes, das zudem abgespaltene Teile seines Territoriums friedlich zurückgewinnen will, sind das keine guten Aussichten.

Politische Krise in Armenien

Machtübergabe mit Hindernissen

Herausragendes politisches Ereignis der vergangenen zwölf Monate in Armenien waren die Präsidentschaftswahlen am 19. Februar und die anschließenden Massendemonstrationen der unterlegenen Opposition um Ex-Präsident Ter-Petrosjan, die am 1. März 2008 von der Regierung gewaltsam aufgelöst wurden. Dabei kamen mindestens acht Menschen ums Leben – eine tiefe Zäsur im politischen Leben des unabhängigen Armenien, die den Riss, zwischen den verfeindeten politischen Lagern auf lange Zeit konserviert hat.

Bis in den Herbst 2007 sah es nicht so aus, als könnten die Präsidentschaftswahlen irgendwelche Überraschungen bringen. Nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 schien die Nachfolge des nach zwei Amtsperioden ausscheidenden Robert Kotscharian bereits geregelt. Der bisherige Verteidigungsminister und „starke Mann“ der Regierung Kotscharian hatte als neuer Premierminister und Vorsitzender der Regierungspartei „Republikaner“ einen ungefährdeten Parlamentssieg eingefahren, der trotz massiver Proteste der Opposition auch international kaum angezweifelt wurde. Das unter Präsident Robert Kotscharian etablierte Netzwerk zur Verteilung politischer Macht und wirtschaftlicher Einflusssphären vermochte es geschickt, durch langfristige Wahlvorbereitung, Stimmenkauf und geschickten Einsatz administrativer Ressourcen Wahlen so zu organisieren, dass offensichtliche Fälschungen wie in 2003 für die Sicherung des gewünschten Ergebnisses nicht notwendig waren. Hinzu kam die chronische Schwäche der „klassischen“ Oppositionsparteien „Armenische Volkspartei“, „Nationale Einheit“ und „Republikpartei“, deren Führer sich immer über die Notwendigkeit einig waren, das „illegitime System“ zu stürzen, ansonsten aber nie zur politischen Zusammenarbeit fanden.

Das allgemein erwartete Szenario eines reibungslosen Machtübergangs von Kotscharian auf Sargsian geriet

plötzlich in Gefahr, als im Frühherbst 2007 Ex-Präsident Ter-Petrosjan, seinerzeit von Kotscharian aus dem Amt gedrängt, nach über 10 Jahren Abwesenheit von der Politik sein Comeback und seine Kandidatur bei den bevorstehenden Wahlen verkündete. Er sehe sich zu diesem Schritt verpflichtet, um Armenien von dem „korrupten, verbrecherischen Regime“ zu befreien, das sein Nachfolger errichtet habe.

Über den Herbst und Winter entwickelte sich nun ein interessanter Präsidentschaftswahlkampf, bei dem die Kampagnen der beiden Hauptkontrahenten mit völlig unterschiedlichen Methoden und in völlig unterschiedlichen politischen Räumen agierten. Während Sargsian sich völlig auf die ihm zur Verfügung stehenden „administrativen Ressourcen“ verließ (Dominanz der Regierung in den elektronischen Medien, von den Administrationen organisierte „Wählerversammlungen“ in armenischen Regionen, von regierungsnahen Business-Kreisen finanzierte großflächige Plakatwerbung), verzichtete Ter-Petrosjan nahezu völlig auf dieser Art Wahlwerbung und konzentrierte sich allein auf Großkundgebungen im Zentrum von Jerewan und auf Mundpropaganda. Die in mehrwöchigen Abständen organisierten Großveranstaltungen wurden zu politisch-kulturellen Manifestationen der Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen Zuständen, bei denen Zehntausende über Stunden den Vorträgen des gelehrten Orientalisten Ter-Petrosian zuhörten, in denen sehr fundierte Kritik an der Politik Kotscharians und Sargsians formuliert wurden, ohne dass Ter-Petrosian alternative programatische Vorschläge herausgearbeitet hätte. Seine ganze Kampagne gründete auf der vagen Botschaft, dass der persönlich integre, intellektuelle und politisch versierte Ter-Petrosian das Land auf einen demokratischen, von Korruption freien Entwicklungsweg zurückführen werde. Paradoxerweise machten diese Demonstrationen Zehntausender vor der Jerewaner Oper, die von der offiziellen Berichterstattung des Fernsehens weitgehend ignoriert wurden, aber dennoch über Monate zum

beherrschenden Thema aller Diskussionen wurden, das zentrale politische Dilemma der armenischen Gesellschaft deutlich: Es gibt bislang keine kohärenten inhaltlichen Botschaften, kein stabiles soziales Milieu und keine handlungsfähigen Organisationen für eine innenpolitische Erneuerung des Landes. Die Tatsache, dass es der plötzlichen politischen Wiederauferstehung eines Ex-Präsidenten bedurfte, um Mobilisierungserfolge zu ermöglichen, die die Opposition in zehn Jahren nicht erreicht hatte, spricht eine eindeutige Sprache.

Bei den Wahlen am 19. Februar 2008 erreichte Ter-Petrosian nach offizieller Zählung 21,5 Prozent der Stimmen; Premierminister Sergej Sargsian wurde gleich in der ersten Runde mit über 51 Prozent der Stimmen zum Nachfolger von Präsident Kotscharian gewählt. Ter-Petrosian sprach sofort von massivem Wahlbetrug; nach seinen Daten habe er über 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. Er rief seine Anhänger zu einer Dauerdemonstration „bis zur Anerkennung unseres Wahlsieges“ auf dem Freiheitsplatz im Jerewaner Stadtzentrum auf. Zehn Tage lang campierten nun Zehntausende vor dem Opernhaus, während auf dem Podium Ter-Petrosian, andere Oppositionspolitiker und einige vom Regierungslager desertierte Militärs und Funktionäre zum Durchhalten aufriefen. Am Morgen des 1. März ließ Noch-Präsident Kotscharian den Platz gewaltsam von den Demonstranten räumen. Bei der Auflösung der sich am Nachmittag anschließenden Großdemonstration mit bis zu 100.000 Teilnehmern setzten Polizei und Truppen des Innenministeriums so massiv Gewalt ein, dass mindestens acht Demonstranten starben und Dutzende schwer verletzt wurden. Über 800 Menschen wurden zunächst verhaftet. Vier Monate später befinden sich noch rund 100 angebliche „Rädelsführer des Umsturzversuches“ in Haft.

Zumindest mittelfristig ist den armenischen Autoritäten damit die Abwendung einer befürchteten „farbigen Revolution“ und die Stabilisierung der bestehenden

Machtverhältnisse gelungen. Mit der Ausschaltung von Ter-Petrosian, der zunächst für einige Wochen unter Hausarrest gestellt wurde, und der Verhaftung und Verurteilung der verantwortlichen Organisatoren von Massenprotesten verfügt die heterogene Opposition über keine charismatischen Schlüsselfiguren und über keine Handhabe für den unmittelbaren direkten politischen Machtkampf mehr. Am Willen zum Machterhalt der bisherigen Elite notfalls auch mit repressiven Methoden hat der neue Präsident Sergej Sargsian keinerlei Zweifel gelassen. Zugleich sendete er mit der Aufnahme der „gemäßigten“ Oppositionspartei des früheren Parlamentspräsidenten und Präsidentschaftskandidaten Artur Baghdasarian in die Regierungskoalition und der Ernennung einiger pragmatischer Reformpolitiker zu Regierungsgliedern, darunter des bisherigen Nationalbankpräsidenten Tigran Sargsian zum Premierminister, verschiedene Signale, dass er den Kurs der wirtschaftlichen und politischen Erneuerung des Landes „von oben“ fortsetzen und verstärken will.

Lange Zeit nicht verschwinden werden die tiefen Gegensätze und Verletzungen, die die März-Ereignisse zum einen zwischen den Exponenten der verfeindeten politischen Lager hinterlassen haben, zum anderen aber auch zwischen den Vertretern der alten politischen Klasse und Angehörigen der jüngeren, gebildeten Stadtbevölkerung von Jerewan. Viele der zuletzt Genannten wenden sich ganz vom politischen Leben ihres Landes ab, während andere neue Formen politischer Kommunikation und Aktivität ausprobieren – über das Internet, über Clubs, über kulturelle Events. Im besten Fall könnten die tragischen Zusammenstöße vom 1. März über einen längeren Zeitraum als Katalysator für eine Erneuerung der politischen Klasse in Armenien und eine Modernisierung des politischen Lebens wirken.